

V e r t r a u l i c h .

SCHWEIZERISCHE GESANDTSCHAFT
IN UNGARN

Budapest, +

Ein circulation
a. d. g.
10.6

Dr. F/St.

B E R I C H T Nr. 11.

Aktenzeichen

Unser :

Ihr :

(Bitte, in der Antwort wiederholen)

*Referat
19.6.47. ja*

In meinem letzten Bericht vom 29. Mai 1947 wies ich darauf hin, dass man sich bei der neuen Krise, die in Ungarn von kommunistischer Seite ausgelöst worden ist, über den besondern Ernst der Lage nicht hinweg täuschen dürfe. Ich nannte in diesem Zusammenhang als Kronzeugen absichtlich auch den Präsidenten der Nationalversammlung, Pfarrer V a r g a Béla, der Sonntag, den 1. Juni 1947, abends, sein Land ebenfalls verlassen hat.

Die förmliche und sachliche Beilegung der Krise erfolgte nach dem Rücktritt des Ministerpräsidenten N a g y F é r e n c allerdings erstaunlich prompt und rasch, indem die ausgezeichnet funktionierende Regie zwischen den ungarischen Kommunisten und der russischen Besetzungsmacht jede parlamentarische Opposition von vorneherein lahmlegte.

Anschluss Österreichs in zweiter Auflage!
Σ

Wie ich schon im Bericht Nr. 10 antönte, gingen die Kommunisten dieses Mal aufs Ganze, und ihr Führer, der stellvertretende Ministerpräsident R a k o s i Matyas, ist heute der uneingeschränkte Machthaber des Landes. Mit der Einsetzung und Vereidigung der Regierung D i n - n y é s, dem stark nach links restaurierten Kabinett Nagy, beginnt der letzte und entscheidende Akt des erschütternden Dramas um den Verlust der staatlichen und politischen Selbstständigkeit Ungarns.

Um nach aussen die Spielregeln einer parlamentarischen Demokratie dem Scheine nach zu respektieren, wurde es dem politischen Ausschuss der Kleinlandwirtepartei erlaubt, dem Staatspräsidenten Tildy den bisherigen Honved-Minister und Anhänger des äussersten linken Flügels der Kleinlandwirtepartei, Dinnyés Lajos, als Kandidaten für die Uebernahme der Ministerpräsidentschaft und zur Bildung der neuen Regierung vorzuschlagen. Das Uebergangs-Kabinett, dessen



Vereidigung schon Samstag, den 31. Mai 1947, also zwei Tage nach der Demission von Nagy Férenc vor sich ging, weist scheinbar keine grösseren Veränderungen auf, indem sämtliche bisherigen Minister ihre Portefeuilles behalten, mit Ausnahme des Aussenministers Gyöngyösi Janos, der bei dieser Gelegenheit ausgetobtet worden ist. Die Regierungsparteien haben sich das Wort gegeben, die Koalition weiter aufrecht zu erhalten und ihre Arbeit zum Wohle des Landes und zur Sicherung des inneren Friedens weiterzuführen. Damit war die Regierungs-Neubildung zum allgemeinen Erstaunen wiederum ohne grössere Schwierigkeiten und Reibungen innert kürzester Frist zur Tatsache geworden.

Hinter den Kulissen sah und sieht es jedoch wesentlich anders aus. Nachdem Nagy Férenc am 29. Mai 1947 durch seinen Stellvertreter Rakosj telephonisch zur sofortigen Demission aufgefordert wurde und ihm auf Grund der von General Sviridov zur Verfügung gestellten Aussagen von Kovacs Béla die "Mitwisserschaft um die Verschwörung" zur Last gelegt werden konnte, führte das in der Kleinlandwirte-Fraktion der Nationalversammlung zu einer völligen Entmutigung und Kurslosigkeit. Die Tatsache, dass das Protokoll der Aussagen des Kovacs im gleichen Sinne auch den bisherigen Präsidenten der Nationalversammlung, Pfarrer Varga, "belastete", brachte die innere Krise und Ratlosigkeit in der Partei auf den Gipfelpunkt und spielte den linksgerichteten Elementen die Prärogative buchstäblich von selbst in die Hand. Der politische Ausschuss der Kleinlandwirte-Fraktion schlug den Koalitionsparteien den Abgeordneten Oltvány, einen Advokaten und Intellektuellen, der mit dem rechten Flügel der Partei nicht in gutem Einvernehmen stand, als Kandidaten für die Nachfolge im Ministerpräsidium vor. Weder die Kommunisten, noch die Sozialisten hatten gegen diese Nomination etwas einzuwenden, nahmen sie aber mit kühler Reserve auf. In der Nacht vom Freitag auf den Samstag liess General Sviridov die zuständigen Instanzen jedoch wissen, dass er einer Kandidatur Oltvány niemals zustimme, sondern nur Dinnyés akzeptieren werde. Nach dreistündigen internen Beratungen, die sich in der grossen Mehrheit gegen den mit den Kommunisten eng liierten Kleinlandwirte-Honvedminister richteten, blieb dem Parteiaus-

schuss nichts anderes übrig, als das Diktat anzunehmen und den Staatspräsidenten gütigst zu bitten, Dinnyés als Nachfolger von Nagy zu berufen.

Diese bedingungslose Kapitulation bedeutete den vollständigen moralischen und politischen Sieg der Kommunisten und die restlose Niederlage der Kleinlandwirtepartei. Diese besitzt zwar zahlenmässig auch in der neuen Regierung noch eine Mehrheit, die aber tatsächlich nur noch von der Gnade des stellvertretenden Ministerpräsidenten Rakosi abhängt. Wer irgend eine Meinung äussert, die den Kommunisten nicht gefällt oder sich in grundsätzlichen, politischen und wirtschaftlichen Fragen mit ihnen in Opposition befindet, wird automatisch entfernt. Die kommunistische Partei Ungarns hat, in engster Zusammenarbeit mit der russischen Besetzungsmacht, das längst ersehnte, aber bisher nie erlangte Ziel endlich erreicht.

Ich machte in meinem Bericht Nr.5 vom 5.März 1947 bereits darauf aufmerksam, dass den führenden Köpfen der Kleinlandwirtepartei die Gefahr des Einzelabschlusses drohe und nannte in diesem Zusammenhang die Namen von Nagy Férenc, jenen des Präsidenten der Nationalversammlung, Pfarrer Varga, und des Generalsekretärs der Kleinlandwirtepartei, Pater Balogh, und schliesslich jene des Landwirtschaftsministers Baranyos und des Finanzministers Racs. Der letztere musste schon bei der Kabinettsumbildung nach der Märzkrise seinen Rücktritt nehmen. Nagy Férenc und Varga Béla befinden sich heute ausser Landes. Pater Balogh, die "Graue Eminenz", bei dem bis anhin als eigentlichem "Koalitionsminister" die politischen Fäden zusammenliefen, hat seinen Rücktritt sowohl als Staatssekretär im Ministerpräsidium, als auch als Generalsekretär der Kleinlandwirtepartei genommen. Er zog sich in ein Sanatorium zurück, um seine durch die Aufregungen der letzten Zeit stark mitgenommene Gesundheit zu pflegen. Das kann aber nicht über die Realität, dass ihn die Kleinlandwirtepartei fallen lassen musste, hinwegtäuschen.

Der hervorragende Fachmann, der gerade wegen seiner unbestrittenen Qualifikationen den Kommunisten stets ein Dorn im Auge war, durfte vorläufig als Landwirtschaftsminister noch bleiben. Das war der einzige Augenblickserfolg der Kleinland-

wirtepartei, die sonst auch des letzten führenden, ebenso unabhängigen wie unerschrockenen Kopfes in der Regierung beraubt worden wäre. Minister Baranyos, ein Ehrenmann bester ungarischer Prägung, der die ständige ungerechte Befehdung längst satt hatte, brachte mit seinem Verbleiben der Partei ein grosses persönliches und politisches Opfer.

Der Ausgang der neuesten Krise, welche das grosse Debakel für das bäuerliche und bürgerliche Ungarn bedeutet, bringt nun auch einiges Licht in die Virtuosität der politischen Taktik und Regie, welche von den russischen Okkupationsbehörden in Verbindung mit den ungarischen Kommunisten bei der Vorbereitung eines "kalten Staatsstreiches" gehandhabt wurden. Béla Kovacs ist am 27. Februar 1947 von der russischen Militärmacht unter dem Titel sowjetfeindlicher Umtriebe und der Gefährdung der Sicherheit der russischen Armee verhaftet worden. Sowohl die amerikanischen, als auch die englischen Begehren zur Mitbeteiligung an der Untersuchung über die "Verfehlungen" des früheren Generalsekretärs der Kleinlandwirtepartei wurden brüsk zurückgewiesen. Inzwischen ist ein Teil der Geständnisse und Selbstanklagen des verhafteten Verschwörers der ungarischen Regierung und der ungarischen Oeffentlichkeit im Zusammenhang mit der neuen Krise bekannt gegeben worden. Ich lege einen Auszug der genannten Protokolle diesem Bericht als Anhang bei, um ein Werturteil über die Zuverlässigkeit solcher Aussagen zu ermöglichen. Es ist hinreichend bekannt, welche Bedeutung derartigen Depositionen eines durch entsprechende "Kerker- und Kellerbehandlung" präparierten und reuigen Sünders zuzubemessen ist.

Das Raffinierte und zugleich Geniale am systematischen Vernichtungsplan gegen die Kleinlandwirtepartei und deren führenden Leute bestand jedoch darin, dass sich nicht etwa die politischen und diplomatischen Stellen der Sowjet-Union einschalteten, sondern "die in ihrer Sicherheit bedrohte russische Okkupationsarmee". Damit setzte man die ungarische Regierung von vorneherein ausserstande, sich wehren oder gar Verwahrung einlegen zu können; denn das wäre automatisch als eine "Unterstützung der Verschwörer" interpretiert worden. Sodann warf man die militärischen Konspirateure, welche tatsächlich eine, wenn auch naive und durchaus unzulängliche Untergrundbewegung gegen

die Okkupationsmächte zu schaffen versuchten, mit den sogenannten politischen Verschwörern in einen Tiegel. Diese politischen Verschwörer wollten eigentlich nichts anderes schaffen, als das, was die Kommunisten und Sozialisten mit ihrem Polizeiapparat schon längst besaßen, nämlich ein vorsorgliches Schutzinstrument für die Kleinlandwirtepartei im Falle politischer Vergewaltigungsversuche oder unvoraussehbarer Bewegungen nach dem Abzug der russischen Armee. Hier durften sie jedoch den Grundsatz "Was dem einen recht ist, ist dem andern billig", nicht anwenden, sondern die lediglich einschränkende Form: "Wenn zwei dasselbe tun, ist es nicht dasselbe"!

Nachdem die russischen Instanzen durchgegriffen und die Schutzorganisation der Kleinlandwirtepartei als gegen die Sicherheit der Okkupationsarmee gerichtet bezeichneten, war es aus naheliegenden Gründen nicht mehr möglich, auf die Unterschiedlichkeit in der Beurteilung und Behandlung dieser parteipolitischen Präventivorgane aufmerksam zu machen. Dadurch wurde jede Diskussion über diese Frage mit dem Odium des Konspirationsdeliktes belastet und andererseits die gewünschte Grundlage zur Diffamierung sämtlicher politisch andersdenkenden Elemente geschaffen. Man liess sich von Seiten der militärischen Untersuchungsinstanzen Zeit, alle gewünschten Dossiers vorzubereiten, um sie im entscheidenden Moment gegen die den politischen und wirtschaftlichen Linksbestrebungen der Kommunisten oppositionell eingestellten Elemente der Kleinlandwirtepartei ausspielen zu können. Damit waren sämtliche Voraussetzungen für die Rechtsunsicherheit in Ungarn geschaffen, und jeder Missliebige konnte und kann in Zukunft auf Grund fingierter oder konstruierter Verbindungen mit den sogenannten Verschwörern eliminiert und liquidiert werden.

Dieses gefährliche Instrument, das jedem Angeklagten die Möglichkeit der Rechtfertigung vor einem ordentlichen oder ausserordentlichen ungarischen Gericht entzog, wurde für den grossen Coup sorgsam in Reserve gehalten. Immerhin lag schon vor der Abreise des Ministerpräsidenten Nagy in die Schweiz eine ungeheure Spannung und Nervosität in der Luft. Die hypersensible Atmosphäre Budapest's ahnte irgend etwas voraus.

Die Kommunisten benutzten die Gelegenheit der Schweizerreise des früheren Ministerpräsidenten, um zum grossen und entscheidenden Schlag auszuholen. Rakosi leitete die Aktion auf dem wirtschaftlichen Boden mit der Forderung nach der Bankenverstaatlichung ein, welche bei den andern beiden Koalitionsparteien auf wenig Geneigtheit stiess. Die ablehnende Haltung wurde sofort als Demokratiefeindlichkeit und gleichzeitig als Sabotage des Dreijahresplanes erklärt. Man ging systematisch weiter und verdächtigte die führenden Kreise der Kleinlandwirtepartei, welche die bäuerliche und bürgerliche Mitte repräsentieren, als mit der Verschwörung in Verbindung stehend und stellte schlüssige Beweise in Aussicht. Damit war die Frage auf das hochpolitische Geleise geschoben, und nun setzte prompt die Aktion der russischen Militärbehörden ein. Man benützte das Begehren des früheren Ministerpräsidenten Nagy um Uebergabe von Kovacs Béla an die ungarischen Gerichte zum Ausgangspunkt des Frontalangriffes gegen die Kleinlandwirte, und in der Note, in welcher General Sviridov die Auslieferung von Kovacs ablehnte, wies er gleichzeitig auf das den früheren Ministerpräsidenten und den Präsidenten der Nationalversammlung Varga belastende Material hin. Die kommunistische und die russische Aktion war meisterhaft synchronisiert, sodass die ganze Führerschaft der Kleinlandwirtepartei innert 24 Stunden kompromittiert, unschädlich gemacht und die Partei selbst schachmatt gesetzt wurde. Es war ein politischer Gewaltstreich erster Ordnung, dem man aber in der bekannten zynischen Form das Mäntelchen der Legalität umzuhängen versuchte. Man veröffentlichte die Protokolle der ersten Verschwörergruppe mit Kovacs Béla an der Spitze, die samt und sonders belastende Angaben gegen sich und ihre früheren Parteifreunde enthielten, als Ergebnis der Verhöre durch die russischen Militärbehörden, das selbstverständlich als eherne Tatsache entgegengenommen und ohne weitere Beweisführung akzeptiert werden musste. Auf diese Weise und mit Hilfe der zahlenmässig sehr schwachen Linksgruppe in der Kleinlandwirtepartei, die eine wenig rühmliche Rolle spielte, ist Ungarn in eine Situation hineinmanövriert worden, die jener vom März 1944 anlässlich der Einsetzung der Regierung Sztojay verzweifelt ähnlich sieht und, wenn nicht alles trügt, als vorbereitende Etappe für

die vollständige Eingliederung in die russische Satellitenstaatengruppe gedacht ist.

Die Kommunisten und mit ihnen alle extrem links gerichteten Kreise haben nun ein äusserst leichtes Spiel, ihre Absichten systematisch und in aller Ruhe zu verwirklichen. Nagy Férenc, der populäre Bauernführer, ist erledigt und wird als Flüchtling mit dem Odium des Landesverrates in die gleiche Linie wie die Horthy-Emigranten gestellt. Varga Béla, welcher als das zweite willkommene Objekt für einen Schauprozess aus-ersehen war, hat sich dieser Rolle durch die Flucht entzogen. Hätte er mit seiner Unterstellung unter ein Gerichtsverfahren auch nur den geringsten Vorteil für sein Land erblickt, so würde er es nach der Ansicht aller, die ihn kannten, ohne Zagen und Zögern getan haben. Dieser angesehene katholische Geistliche von Balaton-Boglar, der Heimatgemeinde des Gründers der Kleinlandwirtepartei, Gaston G a a l, war einer der überzeugtesten und ältesten Mitglieder dieser Organisation. Während der Kriegszeit Leiter der Widerstandsbewegung auf dem Lande, zuerst von den Pfeilkreuzlern und dann von der Gestapo verfolgt und von den Deutschen zum Tode verurteilt, wusste er die Untergrundbewegung aktiv aufrecht zu erhalten. Varga, ein von Grund auf kristallklarer und grundehrlicher Mensch, besass wie kein zweiter Führer der Kleinlandwirtepartei das Ansehen der breiten ländlichen Massen. Sie betrachteten ihn als die Seele und den geistigen Kristallisationspunkt der Mehrheitspartei, und in der parlamentarischen Fraktion gab sein kluges Wort stets den Ausschlag. Er war nach jeder Richtung hin unantastbar und deshalb für die Kommunisten gefährlich und suspekt. Aus diesem Grunde musste man diesen einflussreichen Mann vernichten.

Aehnlich lagen die Verhältnisse bei seinem geistlichen Amtsbruder, Balogh Istvan. Allerdings war er im Gegensatz zu Varga der wendige, mit sämtlichen taktischen Finessen vertraute Politiker, den man nicht anfassen konnte. Seine Opposition gegen die Verstaatlichung der Banken hat ihm das Genick gebrochen; denn nach der politischen Niederlage des Bürgertums, bzw. der Kleinlandwirtepartei ist jeder, welcher gegen die Verstaatlichung der Banken auftritt, automatisch als Feind der Demokratie und als politisch verdächtig stigmatisiert.

Nachdem nun die Bauernmassen ihrer Vertrauensleute beraubt und damit führerlos geworden sind, dürften die nächsten Schläge gegen die angesehenen Vertreter des städtischen Bürgertums gerichtet werden. Der frühere Aussenminister Gyöngyösi musste, weil in letzter Zeit allzu "westenverbunden", gehen, und als nächstes Opfer sind der gegenwärtig in Moskau befindliche Finanzminister Nyarady und der sehr aktive und beliebte Bürgermeister von Budapest, Dr. Kövago, zu betrachten.

Ihnen wird die zweite Garnitur in den Staatssekretariaten, in der Verwaltung und in den genossenschaftlichen Organisationen folgen. Gleichzeitig wird der Kleinlandwirtepartei ein umfassender Epurationsprozess in ihren politischen und parlamentarischen Reihen von den kommunistischen Machthabern verordnet, sodass sie sich praktisch, wenn nicht zu Tode, so doch zur Bedeutungslosigkeit hinab säubern muss.

Ausserdem hat unter dem Druck der kommunistischen Partei der sozialistische Justizminister R i e s bereits eine grundsätzliche Reform des Wahlrechtes angekündigt, welche "sämtliche demokratiefeindlichen Elemente samt ihrer Verwandtschaft"(!) von den bürgerlichen Rechten ausschliesst. Die Vorlage soll vom kommunistischen Innenminister schon längst vorbereitet worden sein, sodass gewisse Zeitungen heute schon melden können, die Kodifizierung und Promulgation dürfte innert kürzester Frist erwartet werden.

Bei den beiden Linksparteien herrscht ferner Einvernehmen darüber, dass nach der Ernte, voraussichtlich im Verlaufe des Monats September, die N e u w a h l e n unter den soeben skizzierten "demokratischen Gesichtspunkten" ausgeschrieben und durchgeführt werden. Damit soll der durch die freien Wahlen vom November 1945 "verfälschte Volkswille" auf seine richtige Ausdrucksform zurückgeführt werden. Auf diese Weise gedenkt man, dem unermüdlichen Kampf und dem ehrlichen Bestreben der Kleinlandwirtepartei, in der politischen und wirtschaftlichen Gestaltung des Landes eine ungarische Lösung als Nachbarstaat Russland's zu erreichen, ein gewaltsames Ende zu bereiten. Dafür, dass unvorhergesehene Ereignisse in der internationalen Politik diese Absichten zu vereiteln vermöchten, besteht nur geringe oder gar keine Aussicht.

Hoffnungslosigkeit und bitterste Resignation sind die Signatur der heutigen Stimmung in den bäuerlichen und bürgerlichen Kreisen Ungarns. Aber auch der gemässigte Flügel der sozialdemokratischen Partei sieht der unter kommunistischem und russischem Druck inaugurierten Entwicklung nur mit Beunruhigung und Besorgnis entgegen. Er stellt bereits Vergleiche mit den Verhältnissen im Jahre 1919 an, wo die sozialistische Regierung des Grafen K a r o l y Mihaly mangels designierter Persönlichkeiten ihre kurzfristige Macht samt und sonders den Kommunisten unter der Führung von K u n Béla abtreten mussten. Ein alter sozialistischer Kämpfer klagte mir kürzlich, dass es seiner Partei auch heute wieder an profilierten, für die Staatsführung genügend ausgewiesenen und vorbereiteten Führerpersönlichkeiten fehle. Seiner Ansicht nach bestehe die Gefahr einer tragischen Parallele mit 1919.

Einer der wesentlichen Unterschiede gegenüber damals besteht immerhin darin, dass heute ein siegreiches Russland dem damals geschlagenen Zarenreich und durch die Revolution geschwächten Sowjetstaat gegenübersteht. Dazu ist Ungarn von russischen Truppen besetzt, und irgend eine wirksame Hilfe vom Westen ist, abgesehen von wirtschaftlichen Repressalien Amerikas und eventuell Englands, im gegenwärtigen Moment kaum denkbar.

Somit scheint sich das Schicksal Ungarns in einer Weise entwickeln zu wollen, das den ehrlichen Freund dieses sympathischen Landes und Volkes nur mit schmerzlichem Bedauern, den europäisch denkenden Beobachter aber mit grösster Besorgnis und Bangigkeit erfüllt.

Die letzte Möglichkeit, dass das jeder Führung entblösste und um seine Hoffnung von seinen eigenen Leuten schmähtlich betrogene Volk auf dem flachen Lande und in den Städten zu einer Reaktion fähig ist, welche die Kommunisten von ihren nach Moskau tendierenden Absichten irgendwie abschrecken könnte, ist äusserst gering einzuschätzen. Die jetzigen tatsächlichen Machthaber in Budapest wollen in ihren Erfolgen hinter jenen ihrer Gesinnungsfreunde in Warschau, Belgrad, Sofia und Budarest

keinesfalls zurückstehen. Nun hat nur noch Amerika das Wort, das sich zur Zeit leider nur auf die ohnehin havarierten und kompromittierten Rechtsgrundlagen der Atlantik-Charta, sowie der Abkommen von Moskau, Teheran und Jalta stützen kann.

Die Friedenssicherung hat mit dieser neuesten Entwicklung im ungarischen Donaauraum unbestreitbar eine weitere, höchst bedenkliche Einbusse und Schwächung erfahren.

Die diplomatischen Vertretungen in Budapest müssen sich darauf gefasst machen, in nächster Zeit vor kritische und heikle Situationen gestellt zu werden. Sodann ist dem Unterzeichneten zufolge des Verlustes seiner zuverlässigsten und direktesten Informationsquellen die Erfüllung seiner Aufgabe zumindest nicht erleichtert worden.

Der Schweizerische Gesandte

Budapest, den 5. Juni 1947.

